Politische Sozialisierung im Klassenzimmer

Bericht: Universität Konstanz

Politische Einstellungen unter Jugendlichen entwickeln sich bereits zwischen der 7. und 9. Klasse entlang deutlicher sozialer und schulischer Trennlinien. Ein neues Policy Paper des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz zeigt, wie Schulform, soziale Herkunft und regionale Kontexte mit der politischen Orientierung Jugendlicher zusammenhängen – und welche Handlungsbedarfe sich daraus ergeben.

Politische Einstellungen und demokratische Haltungen formieren sich bereits in jungen Jahren: Besonders zwischen 12 und 14 Jahren durchlaufen Jugendliche eine Phase intensiver politischer Prägung. Während das allgemeine politische Interesse und die Unterstützung demokratischer Werte steigen, wachsen auch die Unterschiede. Eine neues Policy Paper des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz zeigt: Bereits in dieser Phase verlaufen politische Sozialisierungsprozesse zunehmend polarisiert und unterscheiden sich deutlich nach Schulform und elterlichem Bildungshintergrund.

Im Projekt „Students‘ Perception of Inequality and Fairness (PerFair)“ wurden dazu rund 3.000 Schüler*innen sowie deren Lehrkräfte und Eltern in Baden-Württemberg, Sachsen und Schleswig-Holstein über einen Zeitraum von zwei Jahren (2022/23 und 2024/25) befragt. Die Ergebnisse zeigen ein hohes demokratisches Grundinteresse, verweisen jedoch gleichzeitig auf tiefe strukturelle Trennlinien in der jugendlichen Bevölkerung.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

• Starke politische Sozialisierung zwischen 12 und 14 Jahren: In dieser Phase entwickeln Jugendliche in kurzer Zeit politische Einstellungen und Partei-Identitäten stark weiter. Der Anteil an Jugendlichen, die angeben, politische Parteien „noch nicht gut genug zu kennen“, sinkt binnen zwei Untersuchungsjahren stark (in Sachsen beispielsweise von 38 auf 12 Prozent).

• Anzeichen für politische Polarisierung nach Schulform: Die besuchte Schulform der Befragten hängt stark mit parteipolitischen Präferenzen zusammen. An Gymnasien dominieren bei den Jugendlichen Parteien des linken, ökologischen und bürgerlichen Spektrums (mit Spitzenwerten für die Grünen von bis zu 18 Prozent). An nicht-gymnasialen Schulformen verzeichnen hingegen die Ränder des politischen Spektrums den stärksten Zulauf.

• Soziale Herkunft: Der formelle Bildungsgrad der Eltern ist ein entscheidender Faktor für die politische Orientierung. Jugendliche aus Familien mit einem niedrigeren sozioökonomischen Bildungshintergrund zeigen eine signifikant höhere Zustimmung zur Partei Alternative für

Deutschland (AfD). Liegt ein hoher elterlicher Bildungsabschluss vor, neigen Jugendliche unabhängig von der Region eher zu Parteien der politischen Mitte oder des linken Spektrums. Die politische Spaltung der Jugend ist somit auch ein Spiegelbild bestehender sozialer Ungleichheiten in den Elternhäusern.

• Regionale Unterschiede: Geografisch zeigt sich kein einheitlicher Trend, sondern eine Polarisierung in verschiedene Richtungen: Während in Sachsen die Identifikation mit der AfD von fünf (7. Klasse) auf 25 Prozent unter den Neuntklässler*innen als stärkste Kraft heranwächst, können sich in Schleswig-Holstein im selben Zeitraum die meisten Jugendlichen mit der Partei „Die Linke“ identifizieren (24 Prozent). Die CDU/CSU genießt über Bundesländer- und Schulgrenzen hinweg im Vergleich zur SPD deutlich höhere Identifikationswerte.

Aus Sicht der Autor*innen weisen die Ergebnisse auf die Notwendigkeit politischer Bildung gegen strukturelle Spaltungstendenzen hin: „Unsere Befragung zeigt, dass sich die politischen Einstellungen und die Identifizierung mit bestimmten politischen Parteien bei Jugendlichen schon in einem recht frühen Alter herausbilden. Deutlich wird: Politische Orientierungen unterscheiden sich je nach Schulform und sozialer Herkunft erheblich. Darauf müssen wir reagieren, sonst riskieren wir eine dauerhafte politische Polarisierung der nächsten Generationen“, warnen Marius R. Busemeyer, Nadja Wehl und Susanne Garritzmann vom Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“.

Um dieser ungleichheitsbedingten Polarisierung entgegenzuwirken, plädieren sie für eine gezielte, ressourcenstarke Förderung der politischen Bildung und demokratischer Partizipation direkt an Schulen mit einem klaren Schwerpunkt auf nicht-gymnasiale Schulzweige.

Link zum Policy Paper: https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/7d4a714d-4188-4272-98a1-6e337108e601/content

---

29.7.2026
Gemeinsame Pressemeldung
Universität Konstanz und des Think Tanks „Das Progressive Zentrum“.
https://www.uni-konstanz.de